

Schneisebau gefallen liegen. Ein Kampfpfeil an alle
Gemeindefreier wurde befehlen. Die gesamte Konferenz war
als guter Kauftag zum Gemeindefreierkampf zu betrachten.

Der Reformisten-Kongress

Aber auch die Reformisten hatten Konferenzen. Der Bezirkskongress der ADGB tagte in Wilsdorf in Halle. Die Besonderen waren in der Hauptsache die Ortsauswahl-Bezirke und 57 Gau- und Bezirksleiter, vertreten die freigezwecklich organisierten Arbeiter Mitteldeutschlands. Tarnow, der angelegentlich Hauptreferent, war nicht erschienen. An seiner Stelle sprach Schülze über den Frankfurter ADGB-Kongress.

Trotz der hiehermal geführten Delegierten war die Opposition geklärt. In der Disziplin sprachen die oppositionellen Kollegen gegen die Kommunale, gegen die SPD-Politik der Erziehung-Losierung und gegen den Kampf, zum wesentlichen Kampfe für Verbesserung der Lebensbedingungen auf. Ganz erdrückend zeigte sich wiederum die Brandlerfront. Salsjünere verlangte Produktionskontrolle und ernste öffentliche Zurechnung. Und der Knecht Krause (Ritterfeld), der Mann, der sich als Denunziant der roten Betriebsräte beätigt hatte,

trat sogar für die Wiedereile der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiterschaft ein.

Eine von den Besonderen eingebrachte Resolution, die in der bekannten nichtspargenden Manier den Arbeitern überhaupt keinen Wert beim, wurde gegen viele Stimmen und Stimmhaltungen, einstimmig - wie der Vorleser fehm behauptete - angenommen. Eins Gegenwort fand trotz Aufforderung nicht statt. Wie kommen morgen auszufüllen auf den Verlauf der Konferenz zurück. Ueber zwei Resolutionen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ließ man sich nicht abstimmen, angeblich, weil „nicht genügend Unterstützung“ vorhanden wäre. Auch diese Resolutionen werden mit morgen veröffentlichten.

Büßlich war Geld da...

(Eig. Bericht) Halle, den 31. Oktober.

Am Freitag vergangener Woche sollten die Wohlhabendseinkommen von 25000 bis 50000 M. in die Höhe gehoben werden. Die Erwerbslosen gegenwärtig geschloßen vor das Gemeindefreierhaus. Büßlich war Geld da. Der Gemeindefreier gab Aufweisung, die Unterstützung zur Auszahlung zu bringen.

Borzellanarbeitertreff in Bayern

(Eig. Bericht.) München, 31. Oktober.

Die Porzellanarbeitertreff in Maxfeld verlor durch einen ungeheuren Vorrat in den Borzellanarbeitern durchzuführen. Bereits zweimal löscherte der Versuch an der Kampfkampfabenheit der Borzellan. Dieser letzte Vorrat war auch wieder am Freitag wiederum mit Streit beendet.

In geschlossener Front kämpfen Erwerbslose gemeinsam mit den Streikenden und beteiligen sich eifrig an dem Streikpolizeikommando in den Betrieb und nach Hause geleitet. Die Ermüdung unter den Streikenden, die viel ausschließlich Frauen sind, ist ungeheuer. Die Streikenden, die entschloßen, auch diesmal nicht einen Pfennig Vorrat zurückzugeben.

Noch ein heiserer Ueberfall

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Nov.

Am Sonntag nachmittag wurde ein Reichsbahnarbeiter in Berlin-Charlottenburg von Nazis aus dem Hinterhalt überfallen und niedergebunden. Die Nazis wurden verhaftet.

Steuergeldern für Nazi-Presse

Das Reichsgericht hat schon in zahlreichen Fällen Verbote von nationalsozialistischen Zeitungen aufgehoben, so auch das Verbot der Dresdener Nazizeitung „Der Freiheitskampf“ und des Berliner „Angriffs“.

Darüber hat das Landgericht Dresden dem Betrag des „Freiheitskampfes“ eine Entschädigung von 25000 Mark zugesprochen und das Landgericht in Berlin dem Betrag des „Angriffs“ 1000 Mark Entschädigung.

Auf diesem Wege erhält die Nazipresse riesige Summen Staatsgelder. Die Verbote der kommunistischen Zeitungen werden von Reichsgericht nicht aufgehoben und nach wie vor ein Verbot einem kommunistischen Verlag auch nur einen Pfennig Entschädigung zugesprochen. Gegen die kommunistische Presse handelt es sich um Verbote, und insbesondere die sozialdemokratischen Parteipräsidien sind es, die die meisten und längsten Verbote ausprechen. Mit diesen Methoden soll die kommunistische Presse finanziell ruiniert werden.

Arbeiter, Werkstoffe, verteidigt die kommunistische Presse! Man erh recht alle Kräfte einigelt bei der Verteidigung gegen politische Unterdrückung.

AD-Redakteur verurteilt

9 Monate Festungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts fand am 30. Oktober 1931 der neunundzwanzigste Senat, der Thüringer Volksblattes, Genosse Oscar Dünnbeil, Erfurt, unter der Anklage des verurteilten Hochverrats.

Die Oberverwaltungsinstanz machte sechs Urteile, die im Thüringer Volksblatt erschienen sind, für welche der Genosse Dünnbeil verantwortlich gemacht, zur Grundlage ihrer Urteile. Es handelt sich bei diesen Urteilen zum Teil um Veröffentlichungen von Reichstagsreden kommunistischer Abgeordneter, um einen Wisauftrag, um einen Artikel des Genossen Heins Neumann, der eine historische Würdigung der Berliner Kommune darstellt. Von ganz besonderer Bedeutung in diesem Prozess war, daß auch die Veröffentlichung des freigelegten bekanntgehabten Arbeitsbeschaffungsprogramms der SPD und die Veröffentlichung eines Verordnungsbeschlusses für das Thüringer Volksblatt der Reichsanwaltschaft als Hochverratsanfrage dienen konnten.

Der Reichsanwalt konnte dem Genossen Dünnbeil die Ueberzeugungstätigkeit nicht abprechen, beantragte aber trotzdem 9 Monate Festungshaft. Nach halbjähriger Beratung verurteilte der 4. Strafsenat das Urteil und erkannte dem Antrag des Oberverwaltungsinstanz entsprechend auf 9 Monate Festung.

Kreistagswahlen in Mecklenburg

Starke Zuwachs der Nationalsozialisten und der Kommunisten - Schwere Verluste der...
Am gestrigen Sonntag fanden in Mecklenburg die Kreistagswahlen (Landtagswahlen) statt. Das Ergebnis zeigt das gleiche Bild wie die letzten Wahlen im Herbst angeht haben. Die Nationalsozialisten haben einen außerordentlich starken Zuwachs von jetzt 39 000 Stimmen erhalten. Die Sozialdemokratie verlor rund 18 000 Stimmen. Die Kommunistische Partei gewann 22 000 Stimmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Verhältnis bei den Reichstagswahlen 1930, die hier als Vergleichspunkt angenommen werden, bereits fast zugunsten der Nazis verfallen worden war. Inzwischen waren im September 1930 in den einzelnen Kreisen die Sozialdemokraten überall gegenüber den Nazis noch fast im Ueberzuge, ihre Stimmenzahlen waren teilweise die doppelten der Nationalsozialisten. Heute sind die Nationalsozialisten in allen Kreisen mit der einzigen Ausnahme von Grimmen für weitaus mehr als die Hälfte der Kreistage geworden und in Grimmen selbst besteht zwischen Nazis und SPD nur noch eine Spanne von knapp 160 Stimmen. Das Verhältnis für die Kommunisten hat sich überall verbessert, aber es muß festgestellt werden, daß es nicht gelungen ist, den entscheidenden Schritt zu den Verlusten der Sozialdemokraten für die Kommunistische Partei zu gewinnen.

Die Verluste der Sozialdemokraten sind ungeheuer. In den Kreisen, die die Wahlbeteiligung von 50 auf fast 90 Prozent erhöhte, noch katastrophaler. Das ist die Antwort der Massen auf die Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie. Die Leute, die die revolutionäre Arbeiterschaft aus diesem Wahlverhältnis sehen muß, ist die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen den Nationalsozialismus auf dem Lande. Sie ist es den Nazis auf Grund der Verweigerung, die von den vererbenden Massen gelangen, im härtesten Maße Zug zu fallen und auch erhebliche Teile der bisherigen Arbeiterschaft der Sozialdemokratie für sich zu gewinnen. Am eingeleitet sind die Ergebnisse der einzelnen Kreise (Kreis) die folgenden:

- Am Geresowitzer: SPD 1062 (75%) = 1 Stg; SPD 410 (29%) = 2 Stg; NSDAP 4024 (282%) = 5 Stg; Bürgerl. 10 Stg.
- Am Gültrow: SPD 3003 (270%) = 3 Stg; SPD 806 (63%) = 1 Stg; NSDAP 10 801 (487%) = 10 Stg; Bürgerl. 10 Stg.
- Am Hagenow: SPD 2189 (219%) = 2 Stg; SPD 921 (92%) = 1 Stg; NSDAP 9767 (476%) = 8 Stg; Bürgerl. 10 Stg.
- Am Ludowigshut: SPD 2279 (187%) = 2 Stg; SPD 1062 (85%) = 1 Stg; Handel, Handwerk und Gewerbe und Bauern und Beamten 1 Stg (-); SPD 7027 (622%) = 6 Stg; Bauernmengen gleich 2 Stg; NSDAP 8040 (682%) = 7 Stg; Bauern 2189 (218%) = 2 Stg.
- Am Malchin: SPD 2839 (250%) = 2 Stg; SPD 766 (63%) = 1 Stg; NSDAP 10 625 (906%) = 10 Stg; nationale 10 Stg = 5 Stg.
- Am Rostock: SPD 2672 (220%) = 2 Stg; SPD 602 (48%) = 1 Stg; NSDAP 11 388 (728%) = 12 Stg; Städtische 1020 (-) = 1 Stg; Stadt und Land 2968 (-) = 2 Stg.
- Am Rostock: SPD 2311 (216%) = 2 Stg; SPD 864 (86%) = 1 Stg; NSDAP 11 180 (815%) = 11 Stg; Beamte 2189 (218%) = 2 Stg; Bürgerl. 10 Stg = 4 Stg.
- Am Waren: SPD 2491 (290%) = 3 Stg; SPD 650 (65%) = 1 Stg; Christlich-Sozialisten 894 = 1 Stg; Stadt und Land 3400 = 4 Stg.
- Am Schwerin: SPD 719 (607) (feinen Stg); SPD (6589) = 6 Stg; NSDAP 7888 (8644) = 9 Stg; Dem... 2181 = 2 Stg.
- Am Wissem: SPD 1737 (1325) = 2 Stg; SPD 690 (69%) = 1 Stg; Heimatkreis 1073 = 1 Stg; Mittelstufe 2084; Gemeinde 80 Stg; Städtische 34 Stg = 3 Stg.

Beseitigung der Arbeitslosenversicherung

Ein ungeheuerlicher Plan des Reichsstatistikbundes - Setzt auch zur Wehr, Proleten!

Die bürgerlichen Telegraphenagenturen melden, hat der Vorstand des Reichsstatistikbundes in seiner letzten Sitzung beschlossen, bei der Reichsregierung die vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung zu verlangen. Ganz offen wird dieser ungeheuerliche Beschluss vom Reichsstatistikbund damit begründet, daß man „Mittel für andere dringende Finanzmaßnahmen“ freisetzen müsse. Die Arbeitslosenversicherung soll in eine „Zentrale für wirtschaftlich bedürftige“ Arbeitslose umgewandelt werden. Mit anderen Worten: Hunderttausende Erwerbslose sollen in Zukunft keinen Pfennig Unterstützung mehr erhalten. Der Plan ist so ungeheuerlich, daß selbst die bürgerlichen Minister meinen, er werde „eine unerträgliche Verherrlichung der Arbeiterschmerz“ auslösen.

Der Vorschlag des Reichsstatistikbundes deutet sich vorkrieglich mit den Forderungen der bürgerlichen Gewerkschaften, die schon seit langem die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung mit der

Arbeitslosenversicherung verlangen. Da diese Vorschläge, wie sie fahren, die Grundlage für die Finanzbedingung zwischen den Regierung und den Gemeinden, die in vierzehn Tagen zu finden, bilden soll, ist es höchste Zeit, daß sich die Arbeiter, Gewerkschaften und Betriebsarbeiter energig dagegen wehren!

1 Milliarde Sparflößenverluste

Nach der offiziellen Statistik der deutschen Sparflößen der Uebervorteilungen die Einnahmen im September um 10 Millionen Mark überlegen. Damit ist der Ueberlauf an Zahlungen seit Juni auf 989 Millionen Mark gestiegen. Ein Ueberlauf hat auf die Höhe von Mitte Oktober 1930 gelangt.

Ausschlußverfahren gegen Dettlinghaus

Macht Sturm gegen die DVB-Bürokratie - Jagt in allen Betrieben Proleten/Anschließen gegen den geplanten Ausschluß - Fallt den Spätern in den Arm

Düsseldorf, den 31. Oktober (Eig. Bericht). Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat gegen den Genossen Dettlinghaus, den langjährig erlitten Bevollmächtigten der DVB-Berufungsstelle Gewerkschaft Ausschlußverfahren eingeleitet. Als Ausschlußgrund wird die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und als Grund der Uebertrachtung eine „unzulässige Geschäftsführung der Betriebsgewerkschaft“ angegeben.

Hört ihr es, freigezwecklich organisierte Kollegen! Die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ist für den Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Grund zum Ausschluß aus der Gewerkschaft. Frecher und zynischer können die Verbandsbürokraten ihre Spaltungsabsichten wohl kaum mehr dokumentieren.

Kollegen in den freien Gewerkschaften, urteilt selbst: Was fügen die Spalter?

Genosse Dettlinghaus ist Jahrzehnte in der Partei und Gewerkschaft tätig, er hat fast sein ganzes Leben selbstlos in den Dienst der arbeitenden Massen geweiht. Am Kampf für die Interessen der Arbeiter, insbesondere die der Metallarbeiter, hat er stets in den vorberiten Reihen der gewerkschaftlich organisierten Proleten gestanden.

Gegen das geplante Verbrechen der Gewerkschaftsführer an der Einheit der Arbeiterklasse muß sich in den Betrieben und Gewerkschaften im ganzen Reich eine Protestfront erheben.

600 000 Metallarbeiter in Deutschland stehen vor dem Kampf gegen den beabsichtigten Vorrat.

Schlagt der verräterischen Bürokratie auf die Finger, nehmt

23,5 Prozent Lohnerhöhung!

Nicht im kapitalistischen Deutschland, sondern unter der Sowjetmacht!

Während in Deutschland der brutale Vorrat von Millionen Arbeiter durchgeführt wird, sieht die Sowjetmacht gerade in diesen Tagen den Schlüsselschritt unter neue gewaltige Erfolge des sozialistischen Aufbaus.

Der Monat Oktober brachte den Metallarbeitern eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 23,5 Prozent und den Bergarbeitern eine solche von 12 Prozent.

Die sozialistische Aufbaumacht ist gleichbedeutend mit Lohnerhöhung, der kapitalistische Niederrückgang gleichbedeutend mit immer neuen Lohnsenkungen.

In diesem Zeichen werden wir in dieser Woche den 14. Jahrestag der jetzigen Oktoberrevolution begrüßen. In diesem Zeichen rufen Millionen deutscher Arbeiter zum Streit gegen jeden Pfennig Vorrat!

Wieder zehn Todesopfer des Grubenkapitals

London, 1. November

Mitgeteilt wird, wurden durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerk bei Ludgell in Schottland 10 Arbeiter getötet. Die Grube hat eine Leistung von 120 000 Tonne Kohlen im Monat. Rettungsmaßnahmen mußten unverzüglich eingeleitet werden. Es spielten sich verheerende Szenen an dem Berg der Grube ab.

Bayern verordnet Not!

(Eig. Draht.) München, 2. Nov.

Die bayerische Regierung veröffentlichte gestern eine Notverordnung, die einen ungeheuerlichen Abbau von Angehörigen und kleinen Beamten der Behörden vorieht. Die Grube werden weiterhin abgebaut. Das Schicksal wird am 20. November durch diese ungeheuerlichen Maßnahmen soll ein Defizit von 4 Millionen Mark gedeckt werden.

Riaggos trunfft auf

Bekanntlich hat der Reichsminister Grawert die Rückkehr des Riaggos aus dem Ausland zurückgelehrt. Riaggos wird aufgeben. Riaggos wird aufgeben. Riaggos wird aufgeben.

Krieges trunfft auf

Bekanntlich hat der Reichsminister Grawert die Rückkehr des Riaggos aus dem Ausland zurückgelehrt. Riaggos wird aufgeben. Riaggos wird aufgeben. Riaggos wird aufgeben.

Wieder zehn Todesopfer des Grubenkapitals

Mitgeteilt wird, wurden durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerk bei Ludgell in Schottland 10 Arbeiter getötet. Die Grube hat eine Leistung von 120 000 Tonne Kohlen im Monat. Rettungsmaßnahmen mußten unverzüglich eingeleitet werden. Es spielten sich verheerende Szenen an dem Berg der Grube ab.

Bayern verordnet Not!

Die bayerische Regierung veröffentlichte gestern eine Notverordnung, die einen ungeheuerlichen Abbau von Angehörigen und kleinen Beamten der Behörden vorieht. Die Grube werden weiterhin abgebaut. Das Schicksal wird am 20. November durch diese ungeheuerlichen Maßnahmen soll ein Defizit von 4 Millionen Mark gedeckt werden.

Weg von der Sowjet- und den chinesischen Sowjets

Der Sekretariat des Zentralkomitees

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung in Japan - Das

Die Arbeiterbewegung auf Cypern

Polizeifiren in Brand gesteckt - Blutige Kämpfe - Kriegsschiffe gegen Aufständische

London, 31. Oktober. Die Lage auf Cypern ist nach

den letzten Meldungen weiterhin gespannt. In verschiedenen

Ortschaften hat die Bevölkerung die Gebäude der Polizei-

und Zollposten in Brand gesteckt. Englische Marine-

soldaten haben die griechischen Flaggen, die auf den öffentlichen

Gebäuden in Famagusta und anderen Städten gehißt waren, her-

untergeholt und durch den Union-Jack ersetzt.

Auch griechischen Meldungen sind am Freitag bei einem Zu-

sammentreffen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen

in Cypern 15 Personen getötet und 50 mehr oder weniger schwer

verwundet worden. Ein Angriff der Aufständischen auf den

Verkehrsweg von Cap Greco ist von dem britischen Tor-

pedobootenzerstörer „Neoka“ abgeschlagen worden. Die

Wegposten sind in Famagusta in Brand gesteckt. In den Dörfern

und kleineren Städten im Innern der Insel sind wiederum

Brandstiftungen vorgenommen.

In Nicosia wurde englische Kavallerie eingeschickt

um nach Cypern transportiert zu werden. In der Stadt Gama-

guka auf Cypern wurde der Kriegsstand verhängt. Zahl-

reiche Truppen patrouillieren durch die Straßen, Militärflugzeuge

treiben über der Stadt.

Sechs Truppentransportflugzeuge sind in Limni angekom-

men. In dem Bezirk von Salamis sind zahlreiche Feuer-

brünne ausgebrochen. In der Stadt Salamis wurden die

Baracken des Militärs sowie zahlreiche Polizeiwachen ein Opfer

der Flammen. Der Gouverneur von Cypern hat heute eine be-

sondere „Notverordnung“ erlassen.

Der Unabhängigkeitskampf des apfritischen Volkes ge-

winnt besondere Bedeutung dadurch, daß es sich nicht nur um

eine revolutionäre Erhebung der Arbeiter und

kleinrenten Werktätigen gegen den britischen Imperialismus, son-

dern auch um eine ausgesprochene Bauernbewegung handelt.

Das einzige, was nennenswert auf diesem Aufstand ist, ist die

Tatsache, daß er nicht viel Erfolg hat. Er ist der bürger-

liche „Manchester Guardian“ über die apfritische Aufstands-

bewegung. Damit ist die Lage in Cypern, die zum gegenwärtigen

Kampf führte, gekennzeichnet.

Die Steuern der englischen Regierung, die niemals zur

Sehung des wirtschaftlichen Rückgangs im Lande ausgenutzt wurden,

sondern nur zur Ernährung eines übergroßen imperialistischen

Apparates, die hohen Zölle, die die Lebensmittelpreise der Be-

völkerung verteuern, die unerschöpfliche nationale Unterdrückung,

die sich darin ausdrückt, daß die zu 80 Prozent griechische Be-

völkerung der Insel jedes Rechts beraubt wurde, entfachten, nach-

dem sich alle Bemühungen der wertigen Massen durch Druck

und Hilfe von Demonstrationen und Kundgebungen um eine

Erleichterung, des Joches zu erlösen, als eitel erweisen hatten,

den bewaffneten Aufstand.

Die kommunistische Partei Cyperns, die erst vor

kurzer Zeit an die kommunistische Internationale angeschlossen

wurde, hat in dem Kampfe um die apfritische Unabhängigkeit eine

hervorragende Rolle gespielt. Nicht umsonst waren die führenden

kommunistischen Genossen schon den ersten Verfolgungen des

britischen Imperialismus ausgesetzt, als nach der verheerenden

Blutkatastrophe die heute sich angesichts der losgedröhrenen Volks-

bewegung so rasch gebildet, an den Tafen des britischen

Wohlfahrtsapparates. Die kommunistische Partei Cyperns setzte

von ersten Augenblick an ihre ganze Kampfkraft ein, um die

Frühzeit der Bewegung an sich zu reißen. Die britischen

offiziellen „Kriegsbulletins“, die seit Beginn der Aufstands-

ausgegeben werden, sprechen immer wieder nicht nur vom Kampfe

gegen die spontanen Ausbrüche der Arbeiter und Bauern, sondern

ganz besonders von den Maßnahmen, die gegen die Kom-

munisten getroffen werden. Überall werden kommunistische

Verhältnisse verfolgt.

Die apfritische Bewegung hat ein lebhaftes Echo nicht nur in

Griechenland (wo die gesamten Volksmassen trotz der ver-

räterischen Erklärungen des Herrn Beneloss mit ihr sympathi-

sieren), sondern auch der ganzen Mittelmeer- und

in allen Kolonien griechischer und apfritischer Emigranten ge-

funden, besonders in Kyprien. Damit wird der antimperial-

istische Aufstand auf der kleinen Insel zu einem wichtigen Faktor

der antimperialistischen Bewegung im östlichen Mittelmeergebiet.

Rüstung zum 14. Oktobertag!

Moskau, 30. Oktober. (Vgl. Drahtbericht.) Die Geschäfte der

Arbeitererschaft zum 14. Jahresfest der Oktoberrevolution kaufen

sich. Heute wird die erste Turbine der Suwoer Heber-

landzentrale mit einer Leistungsfähigkeit von 50 000 Kilowatt

in Betrieb gesetzt, sie soll die Schächte des Donesbedens mit

Strom versorgen. Gleichzeitig werden zwei gewaltige Wasser-

reservoirs dem Betrieb übergeben, die für das Donesbeden be-

sonders große Bedeutung haben.

Die Bauzeit des Suwoer Kraftwerkes beträgt 15 Monate.

Die Innenausstattung des Werkes ist ein Meisterwerk der

modernen Technik. Im Laufe der zwei nächsten Monate werden

Proletariat des ganzen Erdhalbes mit seine ganze Kraft

einsetzen, um die räuberischen Kapitalisten des Weltimperialis-

mus gegen das wertvolle China zu durchzusehen und den imperi-

alistischen Ueberfall auf die Sowjetunion zu zerschlagen.

Nieder mit dem japanischen Imperialismus!

Nieder mit den japanischen Truppen, Bombenflugzeugen

und Kriegsschiffen aus der Mandchuriei!

Nieder mit den chinesischen Sowjets und der

Roten Armee Chinas!

Nieder mit der Sowjetunion!

Es lebe das brüderliche Kampfbündnis des deutschen

und internationalen Proletariats mit den werktätigen

Massen Chinas und Japans!

Es lebe die revolutionäre Verteidigung der Sowjet-

union und Sowjetchinas!

zwei weitere Turbinen in diesem Werk dem Betrieb übergeben.

Vom Ende dieses Jahres ab erhält demnach das Donesbeden

von Suwoer Kraftwert 150 000 Kilowatt Strom.

Die Ballistische Werks in Denezgrad wird anfänglich der Oktober-

feierlichkeiten zwei neue Hochgeschütze, „Stalingrad“ und „Swe-

tschom“, zu je 5500 Tonnen fertigstellen.

Die Arbeiter und Techniker des Ingenieurkollektivs, das bei

der Rekonstruktion der Moskauer Straßen und Plätze be-

sondere Rolle spielt, erklärten in einem Brief an den Genossen Stalin:

„In den letzten fünf Monaten wurden 588 000 Quadratmeter

Straßen und Plätze und 192 000 Quadratmeter Bürgersteig in

Moskau gepflastert oder asphaltiert. Der Auftrag des Juni-

plenum des ZK der KPSS wurde somit erfüllt und

übererfüllt. Diesen Sieg an der sozialistischen Front errangen

wir auf der Grundlage der praktischen Bewirkung der

Generallinie der KPSS.“

Erwerbslose Frauen demonstrieren

Nicosia, 31. Oktober. Die Lage der Erwerbslosen in

Cypern, unter denen sich viele Frauen befinden, wird mit

dem Anbruch der Kälte immer verzweifelter, da sie in Parks im

Freizeit nachmittagen mühen. Am 28. Oktober verarmten sich lang-

haarige Frauen eines Arbeitsnachmittages. Die am Eingang des

Arbeitsnachmittages aushängende Ankündigung, daß bis zum

2. November keine Registrierung von Erwerbslosen stattfinden

werde, rief bei den verarmten erwerbslosen Frauen große

Entrüstung hervor. Sie veranstalteten eine friedliche De-

monstration, die von einer herbeigeeilten Polizeieinheit

auseinandergejagt wurde.



Die Werke durch jedes



Mark

ihren Berliner



Wie



Wie

das eine andere Tasse an und ging zum Bezirksausschuß des Roten

Metallarbeiterverbandes, um die neuen Flugblätter zu holen, die

morgen verteilt werden müssen. Gegen sieben Uhr war er fertig.

Eingelangt haben er durch die Straßen, um sich die Zeit bis

Frei überlegte. Wenn Frei überlegte, dann nicht nur, um

zu frohen, sondern um zu helfen. Und schließlich sagte er: „Bist

du schon Mittagsdiner gegessen?“

„Nein, nicht einen Happen!“ heulte Greta jetzt los.

K. OLECTIV Die letzten Tage von...

Copyright by

13. Kapitel

Frei kam aus dem Betrieb. Man hatte abgeblutet. Man

hatte sich ausschließlich über die Verarmung gekloppt. Ein

paar Leute gingen vom Schichtgeheimen an. Diese Kollegen haben

den Kopf über sich selbst und nicht auf die Kollegen. Die

über sie waren begeistert.

Die meisten wollten nichts davon wissen. Sie hatten allmäh-

lich gemerkt, daß es wichtigere Sachen auf dieser Erde zu besu-

chen gab. Frei hatte schließlich groß die Zeitung auf den Tisch

gelegt. Da stand die Freiheit, Sowjetunion erhöht die Metallarbeiter-

löhne um 25 Prozent! Ein Auszustand davor. Frei, das

war auch ein fettes Auszustand davor. Hier rief man

den Arbeiter, immer wieder und immer wieder. Drüben erfuhr

man in einem Fort die Löhne. Hier konnte man denken, mit darüber

zu sprechen wurde. Einer sprach, einer klangte, ein anderer war

begeistert. Jeder behauptete sich mit dieser Frage. Frei hatte

keine Zeit, die er nicht wollte. Diese Sache sprach für sich.

„Frei, das war ein fettes Auszustand davor. Hier rief man

den Arbeiter, immer wieder und immer wieder. Drüben erfuhr

man in einem Fort die Löhne. Hier konnte man denken, mit darüber

zu sprechen wurde. Einer sprach, einer klangte, ein anderer war

begeistert. Jeder behauptete sich mit dieser Frage. Frei hatte

keine Zeit, die er nicht wollte. Diese Sache sprach für sich.



Die Hitler-Partei im Solde der Kapitalisten



Man vergleiche mit diesen NSDAP-Phrasen die Taten der NSDAP-Führer

„Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen. Daher fordern wir:

Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

Bruchung der Zinsknechtschaft.

Restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

Wir fordern die Verstaatlichung aller Trustbetriebe.

Wir fordern Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Entlungung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.“

(Aus dem Programm der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, das am 25. Februar 1920 in einer Versammlung im „Hofbräuhaus-Festsaal“ in München der Öffentlichkeit übergeben und durch den § 2 des NSDAP-Parteistatuts als „unabänderlich“ erklärt wurde.)



Hinweg mit dem Spuk!

/ Auch ein „nationaler Sozialist“

Nazi-Bluff: wertbeständige Währung

Der „Führer“ Dr. Renteln schiebt einen Dreck im „Völkischen Beobachter“

Am Sonnabend vergangener Woche haben wir auf unserer Sonderseite „Die Inflationsschieber mittleren Morgenluft“ den Nachweis geführt, daß Hugenberg und Hitler die Befürworter einer Inflation sind.

Die Großkapitalisten wollen mit Hilfe einer Inflation ihre Schulden gegenüber dem Staat und den Privatpersonen des Anlandes mit einem Schläge loswerden. Gleichzeitig würde eine Inflation die Enteignung der kleinen Sparer und die Entwertung aller Völkchen bedeuten. Wenn der andere Teil der deutschen Kapitalisten gegen die Inflation ist, wenn das Reichskabinett frömmlich bemüht ist, den einschleichenden Weg der Deflation einzuschlagen, so nur deshalb, weil diese Leute — in Erinnerung an das Jahr 1923 mit den gemäßigten Angriffstämpfen des Proletariats — vor dem Experiment einer neuen Inflation Angst haben. Sie möchten deshalb den Weg der Deflation, das heißt den Weg der Schrittweisen Angriffe auf die Lebenshaltung des Proletariats und des wertmäßigen Volkes.

Unsere Behauptung, daß die Führung der NSDAP Befürworter der Inflationsspitze ist, hatten wir mit einer ganzen Reihe von Zitaten maßgebender nationalsozialistischer Parteiführer und Auswärtigen aus parteiamtlichen Dokumenten belegt. Insbesondere stützten wir folgenden Passus aus einem Artikel von Dr. von Renteln, der „Vordirektor für Währung und Finanzpolitik“ in der Reichsleitung der NSDAP ist:

„Man spricht ganz allgemein davon, daß die Bank von Frankreich insgesamt über 200 Millionen Pfund Goldbesitz und Devisen verfügt. Das sind mehr als 4 Milliarden Mark. Bei einer Devaluation von 20 Prozent für das Pfund bedeutet das einen Verlust von fast einer Milliarde Mark — einen Verlust, der auch die Bank von Frankreich und die französische Kreditwirtschaft ernstlich erschüttern würde. Damit hat England eine Schlappe gewonnen. Deutschland hätte diesen Schlag schon lange fassen können — vorausgesetzt, es hätte eine entsprechende Regierung.“

Die entlarrende NSDAP-Führung veranlaßte den „Völkischen Beobachter“, diesen Renteln, einen neuen Artikel über die Frage der Inflation zu schreiben. In einem ziemlich geschickt abgefaßten Artikel behauptet Renteln, daß die Inflation eigentlich schon da sei. Wir zitieren:

„Marxistische und hochfinanzkapitalistische Blätter haben — wie immer im brüderlichen Verein — entdeckt, daß es in Deutschland böse Leute gibt, die eine Inflation machen wollen. Unter anderem sollen auch die Nazis dafür sein...“

„Also“, überlegt so ein erfahrener V-ler, „wenn es mehr ist, daß die Goldbesitzer der Reichsmark eine Inflation verhindern, dann kann ich ja beruhigt sein. Heute ist ja eine dörrreife Gold- und Devisenbesitzer Vorherrschaft — Gott sei Dank!“

„Sollig blättert er die Zeitung bis zum Handelsstell druck, wo ein Reichsbankausweis veröffentlicht ist, und da steht darin: — Ich eh recht? — da steht drin, daß die deutsche Mark nur noch zu 28,5 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt ist.“

„Wichtig aber schießt ihm der Gedanke an die Garantie- und Akzeptbank durch den Kopf, und die Sparfassen haben auch das Recht bekommen, Wechsel zu begeben. Beide Maßnahmen wurden mit der ausdrücklichen Begründung vorgenommen, der Kredit müsse mehr ausgebaut werden als sonst. „Also doch! Inflation oder nicht?“

„Über die Reichsbank! — Die Reichsbank distanziert doch nur Warenbesitzer, gibt also nur Warenkredit. Die sind doch sicher!“ Und da stellt er nun fest, daß die Reichsbank für fast eine Milliarde Mark Finanzumschlag distanziert hat — das ist ein Finanzumschlag! Ohne Warenvorgang. Also festgelegt! Das ist Geldschöpfung! Ist das Inflation oder nicht?“

„Dem Mann wird schwindlich. So steht es ja aber in den Gazette, die Nazis würden den Auslandsbankern der Mark niemals helfen.“

„Hilflos schaut er den Markkurs an ausländischen Börsen nach. In Zürich ist die Mark unter pari. In Paris auch. In Mailand, Amsterdam, Rom — überall steht die Reichsmark unter ihrem Wert.“

„Wie ist die Mark schon heute entwertet? Vor den Augen des Lesers beginnen tote Ringe zu kreiseln.“

„Nach diesen Schwärzungen sagt Renteln zusammen: „Jede Inflationsschöpfung wendet sich gegen uns selbst, ihr Herren, denn alle ihr Aufgeschichte sind Lasten. Ihr treibt demnach selbst die Inflation!“

„Leber die Blödsinnigen der Nationalsozialisten sagt Renteln: „Wir werden eine wertbeständige Währung schaffen. Wenn das Gold damit das Goldgeld seit Jahr und Tag, getrieben von der französischen Blödsinn, wie wirksam im Werte steigt, dadurch die Wirtschaft erblüht und Millionen arbeitslos macht — so ist dies Goldgeld nicht wertbeständig, sondern liegt im Wert. Wenn leistungsfähig Geld geschöpft wird und der Geldwert darum fällt, so ist dies Geld auch nicht wertbeständig, sondern fällt im Wert. Heutet sehn wir

Rationalsozialisten ab. Wir Nationalsozialisten werden eine wertbeständige Währung schaffen.“

„Die diese „wertbeständige Währung“ aussehen soll, verrät Renteln nicht. Er beharrt aber nicht die von uns festgestellte Tatsache, daß die NSDAP die Pflicht hat, wertlose Währung einzuführen, und zwar eine goldgedeckte Devisen- oder Jung-Währung zur Beschaffung der Auslandsbanknoten und der Tribute und einer Binnenwährung.“

Wenn Dr. Renteln in seinem Artikel behauptet, daß die NSDAP eine „wertbeständige Währung“ schaffen werde, so meint er damit unmissverständlich, daß die nationalsozialistische Binnenmark wertbeständig sein wird.

Ihre Wertbeständigkeit wird darin bestehen, daß sie überhaupt keinen Wert haben wird.

„Wertlose Währung, eine zum Versteiß mit dem Ausland, die andere zum Versteiß im Inlande, kann man nur dann mit Erfolg einführen, wenn der gesamte Handel mit dem Ausland in die Hände des Staates konzentriert ist, wenn der Staat selbst den Handel und die Wirtschaft nach einem bestimmten Plan und zwar entsprechend den Bedürfnissen des Volkes leitet, der heißt nur bei einer Planwirtschaft. Eine Planwirtschaft, die auf dem Beharrnis des Volkes, wird es jedoch, ein deutsches Volk der Arbeiter und Bauern geben, es wird der Arbeiter und Bauern selbst in der Regierung und in der Leitung der Wirtschaft liegen.“

Der aber will behaupten, daß die NSDAP die Kapitalisten enteignen und den Sozialismus einführen will?

Wohl eben die Führer der NSDAP Verehrlicher des Kapitalismus sind, werden sie auch niemals umfassen sein, bei Problem der Währung praktisch und erfolgreich zu lösen. Sie haben nur die Wahl, ob sie mit Brünning den Weg der Deflation oder mit Hugenberg den Weg der Inflation gehen sollen. In ihren amtlichen Dokumenten und auf der Tagung in Harzburg haben sie sich für den Weg der Inflation entschieden. Wenn sie trotzdem Artikel im „Völkischen Beobachter“ schreiben, so nur zur Verwirrung der Wähler, bis dieser zum Teil geduldige Zuhörer der Nazi-Propaganda waren.

Unternehmergelder für die NSDAP

„Der Deutsche“ fragt und Hitler schwieg, weil er Tatsachen nicht abstreiten kann

Vor einiger Zeit, und zwar kurz vor der Harzburger Tagung, hatte das Organ der „Hitlerbewegungen“ „Der Deutsche“ an Hitler folgende drei konkrete Fragen gestellt:

1. Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und Tarifverträge sind?
2. Haben Sie die Pflicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Herz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu versichern?
3. Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitsgebern mit Geld unterstützen läßt?

Hitler schwieg. Wohl bemühte sich dieser oder jener von den kleinen Binnenschein in der NSDAP, eine „Antwort“ zu geben, das heißt alles abzutreten und nichts zuzugeben, doch Hitler selbst, an den die Fragen gerichtet waren, schweigend beharrlich. „Der Deutsche“ will jedoch durchaus eine Antwort haben, er hat deshalb vor drei Tagen erneut einen Artikel geschrieben, in dem er dieselben Fragen aufwirft und die Antwort Hitlers schreibt:

„Sein (Hitlers) Wort wäre eine gewisse Garantie, so lange es durch geeignete Taten nicht aufgehoben würde. Eine Deantwo-

fung untreue Fragen durch Hitler selbst ist auch schon aus der Grände notwendig, weil Hitler, ganz abgesehen von der Frage, ob er antwortet, wiederholt im engen Kreise der Partei gegeben Vorträge gehalten hat. Der Umstand, daß er bisher nicht das Bedürfnis hatte, im Kreise der Gewerkschaftsführer über seine Ziele zu sprechen, läßt nicht den dunklen Verdacht, der jedesmal dann aufsteigt, wenn bekannt wurde, daß Hitler mit der Schwerindustrie Führung findet.“

Wird Hitler antworten? Nein, er wird nicht antworten, weil er nicht antworten kann. Es ist erwiesen, daß die NSDAP von Unternehmergeldern finanziert wird. Deshalb ist es nicht zu wunderlich, wenn die NSDAP-Führung Schulden an Schulden Hugenberg im Auftrage der Kapitalisten und Großagraren sich auf Ziele gesetzt hat, die revolutionären Arbeiterorganisationen zu schaden, auch den letzten Teil der sozialen Verbesserung zu verhindern und den Lebensstandard der deutschen Arbeiter und der gesamten merititären Bevölkerung nach Möglichkeit auf das Niveau des amerikanischen Status herabzusetzen.

Das deutsche Unternehmertum und seine schützenden Parteien sind der richtigen Hoffnung, als könnten diese Maßnahmen ihre Ziele führen, den Sozialismus vor dem Ansturm des Progressiven Sozialismus retten. Eine schäblich torichte Hoffnung, die von den harten Tatsachen der Wirklichkeit wie eine Seifenblase vom Blasen geplatzt werden wird.

Einmal den Richtigen erwischt

SA-Banden schlagen den Nationalisten Dr. Peter Derichsweiler arbeitsunfähig

Die „Völkische Zeitung“ entnimmt der Studentenmonatsschrift „Academia“ folgende Schilderung über die Banden der SA in der Falle der SA- und SA-Leute in Berlin, der wir keinen Kommentar beizulegen brauchen:

„Die Mehrzahl der tätigen Angehörigen waren überhaupt keine Juden. Unter den Schwererlegten befand sich ein Haupt-

mann a. D., ein Berliner Rechtsanwalt, der tagelang in Berlin geschäftlich war, und der weit über den G. B. (Gendarmenabteilung) hinaus als der unentwegte Schächer und Würger des Deutschen u. I. Kartellbruders Schlegeler bekannte Carlstr. Dr. Peter Derichsweiler, der sich zur Abiegung eines Affektromans in Berlin aufhielt und sich am Abend des 23. Mai in der Wohnung des Kartellbruders Schlegeler in der Nationalsozialistischen Partei in der Straße des 1. Oktober im 1. Stockwerk ins nächste Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Verletzungen sind derart, daß er nach jetzt völlig arbeitsunfähig ist und sich unter ständiger ärztlicher Aufsicht befindet.“

Die Beteiligten wurden, soweit sie gefaßt werden konnten, wegen Landfriedensbruchs zu hohen Strafen verurteilt. Zudem die Nationalsozialistische Partei ist natürlich die Hauptverantwortung für diese Dinge obliegt, so ist doch nicht zu verkennen, daß es weilt von ihrem Geiste ist, der sich hier unter Verhüllung von Sturmtrüben ausgetobt hat. „Armes „drittes Reich!““

Der Schwererlegte, Herr Dr. Peter Derichsweiler, hat (nach geräusch tragomatische Weisheit) am 23. Mai d. J.

bei der Einreichung des Schlegeler-Nationalistens am der Götzelmer Seite der Bülldorfer eine von glühender Vaterlandsliebe befeuerte, hervorragende Rede für die deutsche Jugend gehalten. Und nunmehr die Rede: „Lang durch deutsche Patrioten!“

„Weil die geistigen Argumente der NSDAP-Führer der Unternehmerrhetorik entgegen sind und deshalb immer mehr von den Arbeitern und allen Wertmäßigen abgelehnt werden, weil die Gedankengänge des Sozialismus, (geföhnt durch die harten Tatsachen des freigelegten fünfjährplanes der Sowjet-Union), jünden und die ideologische Basis des Sozialismus zu untergraben drohen — deshalb trachtete die NSDAP-Verleitung darnach, jegliche Diskussion ihrer Mitglieder und Anhänger mit revolutionären Tritten zu verhindern, deshalb werden durch die SA- und SA-Banden Heberfälle auf die Arbeiter organisiert.“

Arbeiter, Wertmäßige, organisiert gegen die mordenden falschichtigen Banditen den einheitlichen Abwehrkampf!

Diskutiert mit den irreföhrten und betrogenen Wertmäßigen, die in Unkenntnis der wirtlichen Sachlage heute noch einjünger Sünters sind!

Werbt für den „Klassenkampf“

Mufftieg im roten Konsumverein

Der Konsumverein Merseburg überwindet alle Schwierigkeiten

Das Wolffsche Telegraphen-Büro verbreitet folgende Meldung: Der Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend e. G. m. b. H. war im Februar d. J. gelungen, einen Vergleich beim Amtsgericht Merseburg zu beantragen. Der Vergleich wurde im Juni förmlich bestätigt. Alle offenen verurteilten Gläubiger wurden danach im Laufe der Monate abkommen über die Restschulden (verteilt auf eine Zeit bis zu einem Jahr, anorthob. Jahren) getroffen. Es sind bis jetzt schon die vierwöchigen fälligen Zeiträume abgelaufen. Auch die Zahlung der ersten Quoten aus dem Vergleichsverfahren ist Anfang Oktober erfolgt.

Die Möglichkeit, um den weit verzweigten Betrieb zu weiterer betriebl. zu erzwingenden Eriolgen zu führen.

Die Galwitzer protektieren

Der Galwitzverein für Nordhausen und Umgebung beschäftigt sich in einer außerordentlichen Verammlung mit den neuen Maßnahmen auf steuerlichem Gebiet. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird härtester Protest eingelegt gegen die Einführung der um 100 Prozent erhöhten Biersteuer und der Getränkesteuer. Diese Steuern könnten nur Unglück und bittere Heremosen und seien nicht geeignet, die Kräfte zu befeuern. Die Entschließung soll an den Reichsanwalt, den Reichsanwaltschaft, den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und andere Stellen gelangt werden.

Bei den Entschließungen dürfen die Galwitzer nicht stehen bleiben. Die Entschließungen allein nützen nichts. Wichtig ist die Organisierung des Kampfes, der nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn er Schular in der mit den Arbeitern geht führt wird.

Winterhilfe-Schwindel zieht nicht mehr

Die Werttätigen von Bietertitz in gemeinsamer Abwehrfront

A. A. Der sozialdemokratische Schiffe und Wärfelbändler Kasper, der allen Werttätigen von Bietertitz durch seine reaktionäre Gesinnung bekannt ist, hatte vor einigen Tagen im Auftrage des Gemeindevorstandes die Gewerbetreibenden von Bietertitz und Klein-Bietertitz zu einer Verammlung geladen, in der zu der sogenannten Winterhilfe Stellung genommen werden sollte. Die Werttätigen waren nicht eingeladen. Sie erzielten jedoch von dem Stadtfiskus der Verammlung Kenntnis und entsandten eine starke Delegation, die den Auftrag hatte, den Stadtfiskus der Gewerbetreibenden vor den Gewerbetreibenden darzustellen. Kasper versuchte, die Gewerbetreibenden aus dem Saale zu drängen. Die Werttätigen waren nicht eingeladen. Sie erzielten jedoch von dem Stadtfiskus der Verammlung Kenntnis und entsandten eine starke Delegation, die den Auftrag hatte, den Stadtfiskus der Gewerbetreibenden vor den Gewerbetreibenden darzustellen. Kasper versuchte, die Gewerbetreibenden aus dem Saale zu drängen.

es aber ab dem Staat die Sorge um die Hungerarmen abzunehmen. Ihren Opfermöglichkeiten sind Grenzen gezogen, denn auch sie werden sehr oft vom Gerichtsschlichter bestraft, ihre Steuern werden erhöht, sie selbst sind unterliegenungsbedürftig.

Als man sogar ein Kleinewerbetreibender verlangte, daß der Gemeindevorstander Kung auf einen Teil seines Gehaltes verzichten sollte.

Dieses beträgt laufend Mark monatlich — da geriet der SPD-Kauper völlig aus der Fassung und erklärte den ersten Tagesordnungspunkt für beantragt, ohne den Vertreter der Gewerbetreibenden das Wort zu erteilen. Nach einer kurzen Mitteilung über die Stillelegungsarbeiten im Stadtfiskus schloß Kasper furchterhand die Verammlung.

Doch die Verammlung war damit nicht zu Ende. Die Gewerbetreibenden nahmen die Leitung in die Hand. Von den Kleinewerbetreibenden ist auch nicht einer nach Hause gegangen. Es sprachen nacheinander Vertreter der Kommunisten Partei und ein Vertreter der Gewerbetreibenden. Sie forderten die Kleinewerbetreibenden auf, gemeinsam mit den Arbeitern und Gewerbetreibenden zu kämpfen. Die Kleinewerbetreibenden beschlossen einstimmig, die Beteiligung an der Winterhilfe, die sie als Selbsthilfe der Kapitalisten erkannt haben, abzulehnen und die rote Selbsthilfe der Werttätigen zu organisieren.

Die Betriebsarbeiter und die Kleinewerbetreibenden lehnen die Beteiligung an dem Winterhilfskamm ab. Sie fordern, daß der Staat den Erwerbslosen Arbeit und Brot gibt.

Die Erwerbslosen lehnen die Annahme der Bittelluppen und abgeleiteten Lumpen ab. Sie rufen die Werttätigen zu gemeinsamer Kampf gegen den kapitalistischen System auf. Betriebsarbeiter, Anseher, Erwerbslose, Kleinewerbetreibende — in einer Front. In diese Front gehören auch die Kleinbauern. Die rote Einheitsfront wird alle Schwierigkeiten überwinden.

Weißenfels-Zeit

Massenprozeß gegen revolutionäre Arbeiter

A. A. Weißenfels. Am 28. Oktober fanden 15 Arbeiter aus Weißenfels, Jüdenhof und Wintersdorf vor Gericht. Sie waren angeklagt, an einer „verbotenen Demonstration“ am 1. August in Weißenfels teilgenommen zu haben. In der Vernehmung wies der General-Prozessor auf Jüdenhof auf die jüdenbesseren Maßnahmen bei der Vernehmung auf der Wache hin und begründete die nicht erlassenen Jüdenhof mit dem „Rot-Krieg“. Der Angeklagte war danach sehr verärgert. Die Zeugenaussagen waren erregend, daß die Wache der Angeklagten bei der Aufbebung zur Auflösung des Demonstrationsszuges gar nicht im Auge gefaßt sind. Trotzdem beantragte der Anklageerretter für alle Angeklagten je zwei Wochen Gefängnis, außer dem Kollegen Grotzke, für den selbst der Anwaltschaft auf freisprachliche Bewährung mit einer Währungsfrist von 10 Monaten, am 14. Juli, gefaßt. In dem anschließenden Termin hatte sich der Arbeiter Dellinger wegen Verletzung nicht genehmigter Flugblätter zu „verantworten“. Diese Flugblätter beschäftigten sich mit dem Unterjochungs- und Verhandlungsmethoden der Weissenfels-Geiselt. Der Anwaltschaft beantragte 2 Wochen Gefängnis. Das Urteil wird ebenfalls erst am Mittwoch verhandelt.

Brecht den Stahlhelmterror!

A. A. Gerbstedt. Der Stahlhelmführer Inspektor Göge, mit einer besonders harten Stellungnahme in Bezug auf die Arbeiter in unserer Gegend als Hauptling der Stahlhelmbewegung. Seine Anrede ist ein vollen Terror dieses Unmenschen ausgelegt. Eine Bitte hat er in seinen Anreden, die, wenn es darauf ankommt, die Handarbeiter mit verprügeln. Obwohl die Gegendverwaltung weiß, daß diese Helfer von Göge nicht gerade zuverlässig sind, werden sie doch nicht aus dem Betrieb entfernt, sondern bereit, mit gegen revolutionäre Arbeiter vorzugehen. Ein Handarbeiter ihres Schlanges würde sofort fliegen. Nun hat sich folgendes zugehalten:

Von Gerbstedt wurden Wohlhabendererbesole zum Abbrechen nach diesem Gut geschickt. Als sich die Erwerbslosen am Sonnabend vorstellten, wurden sie sofort vom Inspektor Göge mit „Schmeicheleien“ wie: Stroiche, Palanthen, rotes Gefänd usw. empfangen. Die Arbeiter haben sich aber nicht aus, als am Sonntag die Erwerbslosen sich Arbeit suchen und im Saale in seinem Laden, die der Arbeiter Seite aus zu überlegen ist. Was nun folgte, war eine von Göge wohlüberlegte Aktion, zu der er sich auf die Anführer des Kampfes und Verones aus ein Lieberfallkommunisten Stahlhelmer bezieht. Ein junger Arbeiter hatte seine Angehörige nicht ausgelassen. Das war das Zeichen zum Vorkommen. Die Kette fielen die beiden Führer über die Arbeiter her. Mit einem Hand das Lieberfallkommunisten Stahlhelmer, am sofort eingegriffen, falls sich ein Arbeiter zur Wehr gegen sollte.

Diesem organisierten Terror der Stahlhelmschützen muß die Arbeiterbewegung den entscheidenden Widerstand entgegenbringen. Ohne Rücksicht auf die Verteilungsbedürftigkeit gehören alle Arbeiter in die rote Einheitsfront, in die Front des wahrhaften Kampfes gegen den Sozialfaschismus!

Weißenfels-Zeit

Massenprozeß gegen revolutionäre Arbeiter

A. A. Weißenfels. Am 28. Oktober fanden 15 Arbeiter aus Weißenfels, Jüdenhof und Wintersdorf vor Gericht. Sie waren angeklagt, an einer „verbotenen Demonstration“ am 1. August in Weißenfels teilgenommen zu haben. In der Vernehmung wies der General-Prozessor auf Jüdenhof auf die jüdenbesseren Maßnahmen bei der Vernehmung auf der Wache hin und begründete die nicht erlassenen Jüdenhof mit dem „Rot-Krieg“. Der Angeklagte war danach sehr verärgert. Die Zeugenaussagen waren erregend, daß die Wache der Angeklagten bei der Aufbebung zur Auflösung des Demonstrationsszuges gar nicht im Auge gefaßt sind. Trotzdem beantragte der Anklageerretter für alle Angeklagten je zwei Wochen Gefängnis, außer dem Kollegen Grotzke, für den selbst der Anwaltschaft auf freisprachliche Bewährung mit einer Währungsfrist von 10 Monaten, am 14. Juli, gefaßt. In dem anschließenden Termin hatte sich der Arbeiter Dellinger wegen Verletzung nicht genehmigter Flugblätter zu „verantworten“. Diese Flugblätter beschäftigten sich mit dem Unterjochungs- und Verhandlungsmethoden der Weissenfels-Geiselt. Der Anwaltschaft beantragte 2 Wochen Gefängnis. Das Urteil wird ebenfalls erst am Mittwoch verhandelt.

Die sozialdemokratischen Arbeiterfeinde

A. A. Dronitz. Die letzte Gemeindevorstanderversammlung gelte so weit, daß die SPD nicht nur im Reichstag Brünning-Vollzug zu machen verheißt. Es hand der Gemeindevorstand zur Beratung. Die SPD-Fraktion machte lediglich den Vorschlag, man solle die Pension des früheren sozialdemokratischen Gemeindevorstanders — er ist jetzt bei dem Magis — freisetzen und das Geld für Wohlhabender verwenden. In die Zeiten ändern sich. Es war doch die soziale Sozialdemokratie, die den Mann, der damals allerdings Sozialdemokrat war, mit Pensionberechtigung anstellte, obwohl er nicht mehr die Gemeinde keine 3000 Einwohner hat und die Gemeinde nicht tragen kann. Die kommunale Fraktion stellte eine Reihe von Anträgen gegen die Erwerbslosen und aller revolutionären Arbeiter. Die Anträge wurden mit sozialdemokratischer Hilfe abgelehnt. Der reaktionäre Etat wurden mit den Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Die SPD wagte nicht dagegen zu stimmen und enthielt sich der Stimme.

Gewerbebehörde, zugreifen!

A. A. Dronitz. Die Arbeitsbedingungen der Lehrlinginnen bei der Schneidermeisterin Hermann, Bahnhofsweg, sind wert, einmal der Arbeiteröffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Eine achtstündige Arbeitszeit nicht bei Hermann nicht. Es kommt sogar vor, daß die Mädchen von früh 7 Uhr bis abends 11 Uhr arbeiten müssen. Ja, es war sogar passiert, daß die Mädchen am Sonntag von früh 7 Uhr bis Sonntag 4 Uhr gearbeitet, dann zwei Stunden von dem Sofa geschlafen und am Sonntag von 6 Uhr früh bis abends weiter gearbeitet haben. Wie wäre es, wenn die Gewerbebehörde sich einmal diesen Betrieb anschauen würde?

Delitzsch-Torgau

Dreifache Bürgersteuer in Delitzsch

Der Regierungspräsident hat für Delitzsch die Erhebung der dreifachen Bürgersteuer angeordnet. Die Verhandlungen betreffend Einführung der Getränkesteuer sind noch nicht abgeschlossen.

Sozialfaschisten am Wert

A. A. Bodowitz. Von der Tätigkeit der kleinen Sozialfaschisten aus dem Bodowitzer Köpchen ist allerlei zu berichten. Obwohl das Bundesamt die alljährliche Bormahme von Neubewohnern vorschreibt, werden sie einmütig nicht durchgeführt und zwar mit der feierlichen Begründung, daß auch der Bundesrat nur alle zwei Jahre tagt. Obgleich man wohl zu sehen, in der Ja-Korrellung etwas zu liegen, aber vor seinen Anhängern lehnt er den Anschlag ab mit der Begründung, dieser Anschlag verstoße gegen das Staat. Die Bormahme eines Bauhauses zum der Gemeinde durch die kommunale Fraktion wurmt Karsten ungeliebt. Er verlangt eben, daß man ihn für alle seine Schandthaten noch „Dankeföhen“ sagen soll. Jetzt tragen sich die Leute mit dem Gedanken, ein Eigenheim zu bauen, was die Mitglieder selbstverständlich ablehnen müßten, denn selbst haben sie kein Geld übrig und zweitens haben sie keine Veranschlagung, die Tätigkeit der Sozialfaschisten aus nur irgendeiner zu unterstützen.

Manfeld-Sangerhausen

Wer gehört auf die Anklagebank?

A. A. Sangerhausen. Im Mai dieses Jahres kam es infolge des nicht gerade höchsten Vermögens des Wohlhabenderen Ledemann zu einem zwischen diesem und dem Wohlhabenderen Ledemann zu einer förmlichen Auseinandersetzung, wobei Ledemann den höheren post. Daraufhin wurde dem Kollegen Kumpf die Unterjochung gegenüber mit der Beratung, er habe durch die Herausgabe der kommunaligen Zeitung „Kampf“ einen Verdienst. Nur mit großen Schwierigkeiten gelang es der Parteiliche durchzusetzen, daß der Genosse seine Unterjochung wieder erhielt. Wegen der Auseinandersetzung zwischen dem Genossen Diebach und Ledemann, die nicht gerade harmlos verlief, findet nun am 10. November, vormittags um 10 Uhr, ein Termin vor dem Schöffengericht in Sangerhausen statt. Angeklagt sind neben Diebach und seiner Frau die Kollegen Kumpf und Dauer. Die Wohlhabenderen Ledemann sind der Anklagebank in Weissenfels Ledemann nicht gehört und nicht die angeklagten Wohlhabenderen Ledemann. Wir werden über den Ausgang des Termins berichten.

Letzte Hurzmeldungen

Totschlag und Brandstiftung

Durch Beschluß der Strafammer des Landgerichts ist gegen den Kadriermeister Ernst Ortho in Halle a. S. gemäß der Anklage der Totschlagschuld das Hauptverfahren vor dem Schwurgericht in Halle a. S. wegen Totschlags und Brandstiftung eröffnet worden. Ortho am 3. August 1931 in der Küche seiner Wohnung seine Frau mit dem Holzschlagger einer Quittgarnitur niedergelassen und hat die noch Lebende mit einer leicht brennenden Flüssigkeit

Kopfenzündung in Querschnitt. Ein Schöffe aus Köthen verurteilte eine Tat Kopfenzündung. Er ließ sich von einem Schneidermeister eine

schmittige Polizeiuniform machen und requirierte in diesem Anzuge, was er zum Leben nötig hatte. Als er sich eine Wohnung mietete, gab er an, daß er zum Zweck der Abwehr von Spionage dienstlich in Querschnitt längere Zeit zu tun habe. Er erregte auch die Aufmerksamkeit. Sie brauchte allerdings nicht anzusetzen, da der Herr „Oberst“ inzwischen von der Polizei mit Beschlag belegt wurde.

Auch ein Vormund. Die Polizei verhaftete in Großlehna einen gewissen Ernst J. A. der vor Jahren die Vormundtschaft für ein Mädchen übernommen. In dieser Eigenschaft hat er sich allerlei Unbegriffe erlaubt. So hat er dafür gesorgt, als das Mädchen in Stellung kam, daß der Lohn an ihn abgeführt wurde. Angeblich sollte dadurch ein Entgelt für das Mädchen geschaffen werden. Wertmüßigerweise wurde aber kein Konto eingerichtet. Der Vormund soll sich ferner vor früherer Jugend des Mädchens an diesem in schwerer Weise vergangen haben. J. wurde nach Zügen ins Gefängnis gebracht.

Der Schiffvernehmer in Torgau wieder aufgenommen. Nach langwierigen Unterjochungsarbeiten an der Torgauer Elbfraßgründe ist es nunmehr gelungen, das halbtägige Rudenloch für die Schiffahrt wieder freizumachen. Das Ruden des verunglückten Rahmes wurde von den Dampfern „Deutschland“ und „Mecklenburg“stromaufwärts geschleppt und oberhalb Torgaus veranfert. Ein großer Teil der Ladung konnte geborgen werden. Die nötige Räumung der Unglücksstelle kam der Befreiung des Rudens aus der Elbe wird noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Totenräuber Ende. Unter seltsamer und doch im Hinblick auf seinen Lebensberuf nicht außergewöhnlichen Umständen wurde in Gena eine Halle der Totengräber vom Tode ereilt. Der 72 Jahre alte Mann war nach dem Mittagsmahl in ein Frühstückszimmer gegangen, um dort noch etwas in Ordnung zu bringen. Als er die Hand nach einem Stuhl ausstreckte, fiel er plötzlich tot um.

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Zu Hunderten Kartoffel- und abgerenteten Kartoffel-eldern

Zwei- und dreimal mühen die Erwerbslosen die abgerenteten Kartoffel-felder durch, um sich ein paar Zentner Kartoffeln für den Winter zu sammeln. Infolge der hohen Preise für Kartoffeln sind die Erwerbslosen gezwungen, die abgerenteten Kartoffel-felder durchzugehen, um sich ein paar Zentner Kartoffeln für den Winter zu sammeln. Infolge der hohen Preise für Kartoffeln sind die Erwerbslosen gezwungen, die abgerenteten Kartoffel-felder durchzugehen, um sich ein paar Zentner Kartoffeln für den Winter zu sammeln.

